Groß-Umstadt Fraktion

An den
Stadtverordnetenvorsteher der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Groß-Umstadt
Markt 1

64823 Groß-Umstadt

Groß-Umstadt, den 17. Januar 2019

Antrag
Sozialer Wohnungsbau

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

wir bitten folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu setzen:

Beschluss:

1. Die bereits seit fast einem Jahr angekündigte Entscheidungsmatrix zur Frage, mit welchem Bauträger man den Sozialen Wohnungsbau in Groß-Umstadt voranbringen möchte, ist der Stadtverordnetenversammlung über die Fachausschüsse bis spätestens 31.03.2019 vorzulegen.
2. Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, wann in den nächsten fünf Jahren Mietwohnungen, die nach den Vorgaben des Sozialen Wohnungsbaues gebaut wurden, aus der Mietpreisbindung fallen.
   Bei all diesen Wohnungen wird der Magistrat beauftragt, umgehend Kontakt mit den Eigentümern aufzunehmen und frühzeitig über eine Verlängerung der Mietpreisbindung zu verhandeln.
   Über die Ergebnisse und insbesondere die möglichen entstehenden Kosten ist die Stadtverordnetenversammlung zügig zu informieren.

Finanzierungsvorschlag:

Entfällt, da zunächst keine Aufwendungen entstehen.

Begründung:

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist von allen Parteien als dringliches Thema erkannt und benannt worden. Allerdings sind die erreichten Fortschritte in Groß-Umstadt in den letzten Jahren überschaubar. Als Beispiel dafür kann die Suche nach einem Bauträger, mit dem die

Stadt den Sozialen Wohnungsbau voranbringen möchte, genannt werden. Vor gut zwei Jahren stellten sich verschiedene Bauträger vor. Dann geschah fast ein Jahr nichts, bis es auf Drängen der CDU zu einem Interfraktionellen Arbeitskreis kam. Dieser hat vor knapp einem Jahr getagt und Kriterien für eine Entscheidungsmatrix erarbeitet. Seitdem wurde wieder nichts mehr von diesem Projekt gehört oder gesehen.
Wenn es schon mit dem Neubau von bezahlbarem Wohnraum nicht vorangeht in Groß-Umstadt, sollte wenigstens der Bestand nicht schrumpfen. Deshalb soll die Stadt hier frühzeitig tätig werden und mit den Eigentümern die Verlängerung von Belegungsrechten und Mietpreis-beschränkungen aushandeln. Um die dafür notwendigen Mittel bereitstellen zu können, ist schnellstmöglich die Politik zu informieren.
Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Heiko Handschuh